

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung**

27. Sitzung  
19. November 2018

Beginn: 09.01 Uhr  
Schluss: 11.37 Uhr  
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 18/1055  
**Gesetz zur Verbesserung der Vereinbarkeit von  
Familie, Pflege und Beruf für Berliner Beamtinnen  
und Beamte**

[0090](#)  
GesPflGleich  
Haupt(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 18/1216  
**Zweites Gesetz zur Änderung des Ethik-  
Kommissionsgesetzes Berlin**

[0106](#)  
GesPflGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung (vorgezogen)

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1306  
**Mehr Frauen in technische Berufe:  
Reservierungsquote bei landeseigenen Unternehmen  
durchsetzen**

[0111](#)  
GesPflGleich(f)  
IntArbSoz  
Haupt

Hierzu:

- b) Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der  
Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1306-1  
**Mehr Frauen in technische Berufe:  
Reservierungsquote bei landeseigenen Unternehmen  
durchsetzen**

[0111-1](#)  
GesPflGleich(f)  
IntArbSoz  
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Wir kommen zu

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Zur Situation wohnungsloser Frauen in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0093](#)  
GesPflGleich

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße unsere Expertinnen – zunächst Frau Dominika Kosik, Erwachsenenstreetworkerin bei Gangway e. V., einem Verein für Straßensozialarbeit, sowie Frau Birgit Münchow, Referentin für Wohnungslosenhilfe, Frauen und Gleichstellung bei der AWO, Landesverband Berlin e. V. Zudem begrüße ich Frau Mechthild Niemann-Mirmehdi, Leiterin der Therapeutischen Dienste – Alexianer Berlin St. Hedwig-Krankenhaus sowie Frau Daniela Radlbeck, Fachreferentin für Obdach- und Wohnungslosenhilfe beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V. Vielen Dank für Ihr Erscheinen! Vorgesehen war auch die Teilnahme von Frau Britta Köppen von der GEBEWO pro gGmbH; sie hat sich krankheitsbedingt für heute entschuldigen lassen. Von ihr liegt eine Stellungnahme vor, die Sie als Tischvorlage erhalten haben.

Ein Wortprotokoll lassen wir anfertigen? – Gut! Wer möchte den Besprechungsbedarf begründen? – Frau Schmidt, bitte!

**Ines Schmidt (LINKE):** Vielen Dank, dass Sie heute gekommen sind! Es gibt in Berlin 6 000 bis 8 000 Menschen, die obdachlos sind und ca. 50 000 Wohnungslose, die gezählt sind. Über Frauen gibt es keine Zahlen. Wir wissen aber, dass sie sexualisierter Gewalt und Übergriffen besonders ausgesetzt sind. Wir wollen heute mit Ihnen über den Bedarf der Unterbringung und auch der gesundheitlichen Versorgung von obdachlosen Frauen sprechen und klären, wo wir Verbesserungen herbeiführen können. Ich freue mich sehr über das tolle Gespräch mit Ihnen. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann können wir sofort zur Anhörung kommen. Mir ist mitgeteilt worden, dass Sie sich auf eine Reihenfolge geeinigt haben. Frau Münchow möchte beginnen – bitte!

**Birgit Münchow (AWO Landesverband Berlin e. V.):** Vielen Dank! – Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Einladung und Ihr Interesse für Frauen, die mit Kindern und ohne Kinder zunehmend von der Wohnungslosigkeit in Berlin betroffen sind!

Mein Name ist Birgit Münchow, ich arbeite als Referentin beim Landesverband der Arbeiterwohlfahrt in Berlin und bin für die Wohnungslosenhilfe sowie gleichermaßen für den Bereich Frauen und Gleichstellung zuständig.

Wir haben uns die heutige Anhörungsreihenfolge gewünscht – vielen Dank, dass Sie darauf eingegangen sind! –, um Sie mit dem Thema Frauen und Wohnungslosigkeit sozusagen von

Grund auf etwas vertrauter zu machen, da einige von Ihnen zu diesem Thema, so glauben wir, noch ein bisschen mitgenommen werden müssen. Wichtig für die heutige Anhörung ist uns, dass Sie grundlegende Begriffe aus der Wohnungslosenhilfe und deren Definitionen, über die wir dann auch noch reden werden, kennen, um zu wissen, wovon wir überhaupt reden. Dafür gibt es eine Tischvorlage, die das in einfachen Worten darstellt, und das nicht, weil wir glauben, dass Sie das nicht verstehen, sondern weil wir denken, dass es wichtig ist, dass Sie in der Diskussion schnell und stichwortartig auf diese Vorlage schauen können, um die vielen Begriffe, die es in der Wohnungshilfe gibt, auseinanderhalten zu können.

Wir haben einmal den Begriff der Wohnungslosigkeit, der sozusagen oben drübersteht. Als wohnungslos sind alle Menschen zu bezeichnen, die mietvertraglich keinen abgesicherten Wohnraum haben und vorübergehend bei Freunden, Bekannten, aber auch im Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe – in Notschlafstellen, in Obdachern – leben müssen.

Obdachlos sind Menschen, die de facto auf der Straße leben, also ohne Obdach sind. Sie leben ohne ein geregeltes Dach über dem Kopf. Das sind ungefähr 20 Prozent der wohnungslosen Menschen. Wenn wir von obdachlosen Menschen reden, reden wir also von der Spitze des Eisberges und nicht von den wohnungslosen Menschen.

Frauen sind selten auf der Straße zu sehen – das werden Sie schon mitbekommen haben –, sodass man immer mal wieder denken könnte: So viele Frauen können es ja nicht sein, wir sehen sie ja gar nicht! – Auf der Straße sind sie auch sehr selten anzutreffen; sie gehören eher zu den anderen 80 Prozent.

Von Wohnungslosigkeit bedroht sind Menschen mit vorliegender Kündigung, aber auch mit Räumungsandrohungen, Mietschulden oder Umzugsaufforderungen durch das Jobcenter; es sind Menschen mit konflikthafter Wohnsituationen, und hier sei vor allen Dingen Gewalt in der Familie genannt, wovon Frauen überproportional häufig betroffen sind.

Bei den Institutionen, die es in der Wohnungslosenhilfe gibt, fangen wir mal relativ unten an; es sei mir erlaubt, das so zu nennen. Das ist einmal die Notschlafstelle. Hier sind Menschen von 20 Uhr abends bis 8 Uhr morgens mit einem Bett und einem kleinen Schrank versorgt. Tagsüber können sie sich dort nicht aufhalten; sie müssen raus. Es gibt auch keinen gesicherten Anspruch auf einen Platz – zum einen, weil wir viel zu wenige Plätze haben, zum anderen, weil die Plätze jeden Abend, je nach Anspruch, vergeben werden. Hier sind keine sozialrechtlichen Voraussetzungen nötig, das heißt, man kann anonym, ohne Angabe seines Namens einfach übernachten. Das Ganze ist zuwendungsfinanziert und läuft über das Integrierte Sozialprogramm.

Die Kältehilfe, die gerade wieder in vieler Munde ist, ist ein Teil der Notschlafstellen. Es werden quasi obendrauf Plätze bereitgestellt, damit Menschen auf der Straße nicht erfrieren müssen. Das gilt ausschließlich für die Wintermonate, dieses Mal von Oktober bis April – es ist etwas ausgeweitet worden. Zum Teil sind es identische Unterkünfte.

Dann gibt es die Obdachlosenunterkünfte, in Berlin häufig ASOG genannt – Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz. Hier bitte aufpassen: Wenn jemand von Obdach oder ASOG spricht, ist das dasselbe, es ist einfach nur eine andere Bezeichnung. Hier sind die Öffnungszeiten 24 Stunden, und die Menschen können einen Platz für längerfristig bekommen –

aktuell leider für sehr längerfristig, da die Weitervermittlung in Wohnraum zurzeit nicht mehr gewährleistet ist. Es gibt hier eine Stockung im System. Auf dieses Angebot gibt es einen bezirklichen Anspruch: Menschen, die keine Wohnung mehr haben, haben einen Anspruch auf eine Unterbringung im Obdach oder auch im ASOG, wie wir es nennen.

Mindeststandards sind hier nicht festgeschrieben, d. h. es ist nicht zwingend pädagogisches Personal vorhanden. Das ist nicht finanziert, es ist in den Mindeststandards so auch erst einmal gar nicht gewollt. Wohlfahrtsverbände halten allerdings pädagogisches Personal vor, finanzieren es teilweise ehrenamtlich, wie auch immer. Private Anbieter haben häufig keine pädagogischen Fachkräfte. Das heißt, Menschen kommen hier an, verbleiben teilweise Monate bis Jahre und sind in keinster Weise pädagogisch unterstützt, um wieder einen Wohnraum zu finden.

Die Tagessätze in den ASOG-Einrichtungen liegen zwischen 25 Euro und 60 Euro pro Tag, pro Person, abhängig davon, ob es sich um Einzelzimmer oder – bei 60 Euro, was die oberste Spitze wäre – um barrierefreie Plätze handelt.

Auf der Rückseite der Tischvorlage finden Sie noch das betreute Wohnen. Das ist ein höher-schwelliges Angebot der Wohnungslosenhilfe. Die Zielgruppe sind Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse, soziale Schwierigkeiten vorhanden sind. Sie bekommen einen Anspruch auf betreutes Wohnen. Zwingende Voraussetzung ist der Anspruch auf Sozialleistungen. Ziel ist es, in den einzelnen Bereichen, in denen es schwierig sein könnte – Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Finanzen, Soziales oder auch Recht –, Maßnahmen zu schaffen, die letztendlich wieder zu einer Wohnung führen. Dieses wird von sozialen Trägern durchgeführt.

Darunter finden Sie Abgrenzungen zu Begriffen aus der Flüchtlingshilfe; da kann man auch noch ein bisschen ins Trudeln geraten. Die werde ich nicht weiter erörtern – Sie finden da Begriffe wie Gemeinschaftsunterkunft usw. Das betrifft in erster Linie die Flüchtlingspolitik und weniger die Wohnungslosenhilfe, wobei es natürlich fließende Übergänge gibt.

Noch einige Zahlen – meine Aufgabe ist es ja, Ihnen einige Fakten zu nennen – aus der Wohnungslosenhilfe in Deutschland. In Deutschland sind ca. 860 000 Menschen aktuell ohne Wohnung. Wahrscheinlich sind es noch mehr, denn die Zahlen stammen aus 2016; Zahlen aus 2017 liegen noch nicht vor. Von den 860 000 leben ca. 52 000 Menschen ohne Obdach auf der Straße; das sind die sogenannten obdachlosen Menschen. Die Tendenz ist steigend, da bis 2020 in Deutschland weitere 130 000 Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen und der Wohnungsneubau – nicht nur in Berlin – einfach nicht mehr hinterherkommt.

Zahlen für Berlin: Wir haben aktuell ca. 37 000 wohnungslose Menschen, die im Hilfesystem registriert sind. Es kommen noch einige hinzu – die Zahl von Ines Schmidt ist insofern nicht falsch. Ich muss allerdings auch sagen: Die Zahlen, die kursieren, sind sehr schwierig, da wir nach wie vor keine Wohnungslosenstatistik haben. Wir haben also Zahlen aus den verschiedenen Hilfesystemen zusammengesetzt und gehen davon aus, dass es eine sehr hohe Dunkelziffer gibt.

Von den genannten wohnungslosen Menschen in Berlin sind 30 Prozent Frauen im Querschnitt aller Hilfesysteme, gerade in den niedrigschwelligen Hilfesystemen. In der Obdachlosigkeit, das habe ich gerade gesagt, sind es eher weniger Frauen, aber im betreuten Wohnen

beispielsweise haben wir 38 Prozent Frauen im Hilfesystem. Wenn wir mal die Zahl der 37 000 Menschen zugrunde legen, haben wir ungefähr 11 000 Frauen in Berlin, die wohnungslos sind. Statistisch hat jede Frau in Deutschland 1,5 Kinder. Wenn man das hochrechnet, kommen wir auf ungefähr 16 000 Kinder in Berlin, die von der Wohnungslosigkeit ihrer Eltern betroffen sind. Ich brauche es eigentlich nicht zu sagen, aber Alleinerziehende sind überproportional von Wohnungslosigkeit bedroht, einfach aufgrund der Tatsache, dass ihre Einkommenssituation in der Regel schlechter ist – das hatten wir gerade schon in einem anderen Zusammenhang –, auch dadurch, dass gerade Frauen häufig in Teilzeitberufen gearbeitet haben und bei einer Trennung die Miete nicht mehr bezahlen können. 91 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen; das verwundert uns, glaube ich, auch nicht.

In Berlin gibt es 30 Plätze in frauenspezifischen Notschlafstellen – Ich erinnere noch mal daran, dass 11 000 Frauen in Berlin wohnungslos sind. – Alle anderen Frauen müssen in gemischtgeschlechtlichen Einrichtungen unterkommen und das, obwohl wir wissen, dass ein Großteil der Frauen, die wohnungslos – in diesem Fall obdachlos – sind, sexualisierte Gewalterfahrungen machen mussten. Da wundert es mich nicht, dass in gemischten Einrichtungen nur ca. 12 Prozent Frauen ankommen. Übrigens haben wir aktuell drei bis vierstellige Ablehnungen pro Jahr, pro Einrichtung bei der Notschlafstelle und im ASOG. Hier wird also sehr deutlich: Wir haben keine ausreichenden Plätze im Angebot für Frauen.

In Berlin sind aktuell 145 Obdächer mit insgesamt 7 041 Plätzen gelistet, wobei die Liste unvollständig ist, da seit 2015 nicht mehr gelistet wird. Auch hier ist nur ein Bruchteil der Obdächer ausschließlich für Frauen konzipiert. Es gibt, das hatte ich gerade schon gesagt, einen massiven Rückstau, was die Vermittlung in Wohnraum angeht. Das bedeutet, dass Frauen und Kinder sehr häufig über Jahre in diesen Einrichtungen festsitzen.

In der angelaufenen Kältehilfesaison sind ca. 85 frauenspezifische Plätze vorhanden. Das sind noch nicht einmal 10 Prozent der Gesamtplätze. In der letzten Saison lag der gesamte Frauenanteil bei den Übernachtungen in der Kältehilfe aber bei 18 Prozent. Das entspricht ziemlich genau dem geschätzten Anteil der Frauen in diesem niedrigschwelligen Hilfesystem. Das heißt auch hier: Das Angebot für Frauen reicht nicht aus.

Nun noch zu den Kleinsten in der Gesellschaft: Zunehmend hören wir von wohnungslosen Familien; das ist Ihnen sicherlich allen schon zu Ohren gekommen. Das sind Menschen, die ihre Wohnung verloren haben und mit ihren Kindern sozusagen auf der Straße stehen. Wohnungslose Familien sind in der deutlichen Mehrzahl Einelternfamilien – wichtig! Das entspricht nicht der klassischen Vorstellung von Papa, Mama, Kind, sondern es sind zu 90 Prozent Einelternfamilien, und Einelternfamilien sind zu 90 Prozent Frauen-Einelternfamilien. Also auch dann, wenn wir über Familien in der Wohnungslosenhilfe reden, reden wir zu einem sehr hohen Anteil von Frauen mit Kindern. Das bedeutet – und das ist wichtig –, dass wir beim Ausbau der Angebote darauf achten müssen, dass die große Mehrzahl der Familieneinrichtungen ausschließlich für Frauen mit Kindern konzipiert wird, sonst haben wir für 10 Prozent alleinerziehende Männer wieder 100 Prozent gemischtgeschlechtliche Familienangebote.

Damit bin ich bei meinen abschließenden und wichtigen Forderungen: Wir müssen auch und insbesondere in der Wohnungslosenhilfe das Gender Budgeting durchsetzen, sonst werden wir den Bedarfen von Frauen im Hilfesystem nicht gerecht. Die AG Gender Budgetierung

existiert seit 2003. Immer wieder passiert es mir in der Praxis, dass, wenn wir bei Anträgen, bei Vorstellungen sind und ich auf Frauen und deren spezifische Bedarfe und auf das Mangel-system hinweise, gesagt wird: Darauf können wir nicht auch noch achten.

Es bedarf einer gerechten Verteilung der Ressourcen Geld und Zeit, um sicherzustellen, dass Frauen anteilig ihres Vorkommens passende und auf sie zugeschnittene Hilfsangebote bekommen. Insbesondere Haushalte mit Kindern sind zum Schutz vor Zwangsräumungen auszuschließen, d. h. wir müssen hier viel stärker in die Prävention gehen. Der präventive Ansatz der aufsuchenden Hilfe und die Wahrung des Wohnraums müssen allererste Priorität haben. Wir brauchen für die Notfälle, wenn es zu einer Räumung gekommen ist, verbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, insbesondere auch eine zeitnahe Gesundheitsversorgung für Frauen in Krisensituationen und bei psychischen Erkrankungen. Wir benötigen ein Fachstellenkonzept in Berlin, damit Frauen und Kinder schnellstmöglich die richtigen Stellen zur Vermeidung oder Behebung von Wohnungslosigkeit in Anspruch nehmen können. Frauen haben, wie ich es vorhin schon gesagt habe, Kinder an der Hand. Sie müssen durch ganz Berlin laufen, um irgendwelche Stellen zu finden, wo Hilfe angeboten wird, und die dann wie ein Puzzle zusammensetzen. Gleichzeitig müssen sie noch die Schulpflicht ihrer Kinder beachten und die Kitas aufsuchen; das ist fast nicht möglich.

Last but not least: Es bedarf endlich auch einer strukturierten Kooperation und Unterstützung der Jugendverwaltung, die sich für dieses Thema bisher kaum zuständig zeigt. Betroffene Kinder und deren Eltern bedürfen einer besonderen Unterstützung, damit sie nicht in Obdachern geboren und vor allem nicht jahrelang dort verbleiben müssen. Es ist ein Querschnittsthema für alle Beteiligten, und ich bitte Sie, weitere Forderungen – davon gibt es noch eine ganze Menge – aus der AG 9 der Berliner Strategiekonferenz aufzunehmen. Die finden Sie im Netz. – Ich bedank mich sehr herzlich für die Anhörung!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Radlbeck, bitte!

**Daniela Radlbeck** (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V): Sehr geehrte Senatorin Kolat! Sehr geehrte Staatssekretärin! Liebe Abgeordnete! Liebe Kolleginnen! Ich freue mich, heute vor Ihnen sprechen zu können. Mir ist es eine Herzensangelegenheit, insbesondere über die Situation von wohnungslosen Frauen zu sprechen. Ich habe vor meiner Tätigkeit als Referentin beim Paritätischen Landesverband Berlin an der Basis mit Frauen gearbeitet, und zwar bei dem Verein Frau sucht Zukunft. Das ist ein Verein, der Hilfen für suchtmittelabhängige Frauen und deren Kinder anbietet. Ich denke insofern, dass ich im Rahmen der Befragung auch aus meinen Erfahrungen aus dieser Basisarbeit schöpfen kann.

Frau Münchow hat bereits einen hervorragenden Abriss über die Situation von Frauen geboten, die wohnungslos sind. Ich werde hauptsächlich auf Frauen eingehen, die von Wohnungsnotfällen betroffen sind, und zwar in Bezug auf präventive Hilfen und auch auf ASOG-Unterbringungen. Vielleicht noch so viel zur Ergänzung: Von einem Wohnungsnotfall spricht man, wenn der Wohnraum zwar noch erhalten, aber gefährdet ist. Es geht dann darum, alle möglichen Register zu ziehen, damit die Wohnung erhalten werden kann. Frauen kommen früher auf Beratungsstellen zu bzw. gehen früher als Männer auf Hilfsangebote zu, deswegen ist es sehr wichtig, hier die präventiven Hilfen in Berlin noch mehr auszubauen.

Wir haben es schon von Frau Schmidt und von Frau Münchow gehört: Berlin hat keine Wohnungslosenstatistik und auch keine Strukturdaten zu den Wohnungslosen. Es gibt immer nur ausschnittsweise Statistiken, die wir zusammenrechnen könnten. Das ist aber nicht hilfreich, da dabei auch Doppelungen zustande kämen. Im Zuge dessen habe ich mich auf die Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe gestützt, die seit den 90er-Jahren Zahlen zur Struktur von Wohnungslosigkeit liefern. Dort wird sehr deutlich, dass sich Frauen und Männer, die wohnungslos sind, voneinander unterscheiden, dass hier Unterschiede bestehen. Frauen sind im Vergleich zu wohnungslosen Männern jünger, wenn sie wohnungslos werden oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Ganz oft ist der Auszug aus dem Elternhaus ein Auslöser für den Wohnungsverlust. Sie haben im Vergleich zu Männern dementsprechend auch seltener eine Berufsausbildung. Das erschwert den Zugang zum Wohnungsmarkt natürlich, wenn man nicht über ein geregeltes Einkommen verfügt. Im Vergleich zu Männern leben sie noch häufiger in eigenem Wohnraum. Frau Münchow hat es schon ausgeführt: Frauen haben ganz oft Kinder. Wenn wir von wohnungslosen Frauen sprechen, müssen wir auch immer die Kinder mitdenken. Frauen leben im Vergleich zu Männern immer noch in Paarbeziehungen; wohnungslose Männer sind eher die alleinlebenden bzw. sozial isolierten Personen. Frauen leben häufiger in Zwangsgemeinschaften, d. h. sie sind verdeckt wohnungslos. Sie leben in prekären Wohnsituationen, erleiden weiterhin Unterdrückung. Der größte Auslöser für den Wohnungsverlust bei Frauen ist tatsächlich die erlebte häusliche Gewalt. Wenn man diese Liste betrachtet, heißt das: Frauen, die wohnungslos werden oder in Wohnungsnotfallsituationen sind, kommen oft aus gewaltgeprägten Lebensumständen und brauchen dementsprechend ein differenziert ausgestattetes Hilfeangebot.

Das wiederum heißt, dass es wichtig ist, ein Angebot ausschließlich für Frauen zu schaffen. In Berlin gibt es Angebote für wohnungslose Frauen, die sind aber, wie Frau Münchow schon gesagt hat, bei Weitem nicht ausreichend. Wir brauchen auch Fachkräfte, die eine geschlechtssensible Arbeitsweise in diesen frauenspezifischen Einrichtungen umsetzen können. Wenn man im frauenspezifischen Bereich arbeitet, geht es viel darum, Selbstwirksamkeit zu stärken und Selbstermächtigung zu fördern, damit Frauen für sich erfahren können, dass sie etwas an ihrer Situation ändern können.

Ich hatte schon gesagt, dass Frauen, denen Wohnungsverlust droht, eher Hilfsangebote annehmen als Männer das tun. Deswegen plädiere ich hier dafür, dass präventive Hilfen zur Verhinderung von Wohnungsverlust in der Stadt viel besser publik gemacht werden müssen. Wenn eine Wohnung verloren wird, dauert es sehr lange, eine Ersatzwohnung zu finden. Das bedeutet, dass Prävention durch Aufklärung und Information in Berlin flächendeckend erfolgen muss. Von der Landesarmutskonferenz – die Sie bestimmt auch kennen – gibt es eine Broschüre in einfacher Sprache: Was kann ich tun, wenn ich Mietschulden angehäuft habe, wenn ich vom Vermieter einen Brief bekomme, wenn mir eine Räumungsklage angedroht wird? – Hier müssen frühe Hilfen eingesetzt werden.

Frühe Hilfen werden durch das Fachstellenkonzept, das Frau Münchow schon erwähnt hat, notwendig, bzw. frühe Hilfen bedeuten, dass sie sich überwiegend an Menschen richten, die noch im Besitz ihrer Wohnung sind. Eine frühzeitige, aufsuchende Beratung ist hierfür notwendig. Dafür muss Personal bereitstehen, das in der Lage ist, auf die besondere Zielgruppe, nämlich wohnungslose Frauen mit ihren Kindern, zuzugehen und sie aufsuchend zu beraten. Ganz klar: Die Grundlage dafür, dass eine Fachstelle arbeiten kann, ist eine gute Kooperation zwischen den einzelnen Ressorts. Das heißt, dass das Sozialamt bzw. das Jobcenter, dass freie



Träger, die Beratungskompetenzen vorweisen, und auch die Wohnungswirtschaft miteinander eine Kooperationsvereinbarung schließen, damit den Menschen zielsicher und passgenaue Hilfen angeboten werden können, wenn sie ihre Miete nicht bezahlt haben. Es geht also darum, ein Frühwarnsystem zu etablieren. Das bedeutet, dass in dem Moment, wo die Situation droht, dass ein Mensch seine Wohnung verliert, die Fachstellen auf ihn zugehen. Frau Münchow hat es bereits erwähnt: Eine Mietschuldenübernahme, die eine Fachstelle für die Betroffenen vornehmen könnte oder die durch das SGB II oder das SGB XII geschehen könnte, ist viel billiger als die Unterbringung nach ASOG.

Frau Münchow hat schon Zahlen genannt; die will ich jetzt nicht wiederholen. Ich gehe vielmehr noch auf den Bereich ASOG für Frauen ein. In Berlin gibt es spezifische Unterbringungen für Frauen nach ASOG, allerdings sind diese nicht ausreichend. Ich war letzte Woche in einer ASOG-Einrichtung, die 88 Plätze für Frauen anbietet. Dort waren auch 13 Kinder untergebracht. Es hat sich gezeigt, dass ASOG eine Einbahnstraße ist. Die Frauen, die in ASOG leben, sind sehr lange dort. Im Durchschnitt waren die Frauen 1,4 Jahre in einer solchen Unterbringung. Was auch wichtig ist: Wenn schon eine Unterbringung erfolgen muss, weil wir nicht über ausreichende Wohnungen verfügen, die wir den Frauen mit Kindern anbieten können, dann ist es wichtig, dass die ASOG-Einrichtungen über ein Kinderschutzkonzept verfügen, dass Kinder auch einen Raum in der ASOG-Unterkunft haben, in den sie sich zurückziehen, in dem sie spielen können. ASOG-Unterkünfte, die gemischtgeschlechtlich ausgerichtet sind, sind wirklich keine guten Orte für Kinder. Da müssen wir gemeinsam neue Wege gehen und neue Lösungen schaffen, bzw. ich plädiere dafür, dass, wenn es darum geht, Kinder unterzubringen, die Kinder in Wohnungen untergebracht werden und nicht in gemischtgeschlechtlichen Einrichtungen.

Was ich auch wichtig finde – ich hatte es schon angedeutet, die Sachgasse ASOG –: Aus meiner Sicht muss eine Betreuung in den ASOG-Unterkünften stattfinden. Das heißt, dass den Menschen, die in diese Notsituation geraten sind, sozialpädagogische Unterstützung geboten wird, damit sie es schaffen, auf dem Wohnungsmarkt eventuell wieder eine Chance zu bekommen. – Sie schauen mich so an; ich glaube, ich werde jetzt gebremst.

Wofür ich plädiere: Wenn wir unterbringen müssen, dann müssen wir ASOG-Einrichtungen für Frauen schaffen, für Frauen, die Kinder haben, und die Kinder müssen einen Schutzraum erfahren – das ist mir ganz wichtig.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! Wir haben eine Redezeit von etwa fünf Minuten, weil wir sonst nicht mit unserer Zeit hinkommen. – Dann wäre jetzt Frau Niemann-Mirmehdi an der Reihe, bitte!

**Mechthild Niemann-Mirmehdi** (PUK der Charité im St. Hedwig-Krankenhaus): Vielen Dank! – Auch ich bedanke mich bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, und freue mich sehr, Gelegenheit zu bekommen, die Problemsituation von Menschen mit einer psychischen Erkrankung und Wohnungslosigkeit schildern zu können. Ich arbeite in der Psychiatrischen Universitätsklinik der Charité im St. Hedwig-Krankenhaus. Wir sind, gemeinsam mit der Charité Campus Mitte, beim gleichen Klinikdirektor, Prof. Andreas Heinz, versorgungs verpflichtet für die Wohnbereiche Wedding und Tiergarten; Charité Campus Mitte versorgt Alt-Mitte. Ich bin dort zuständig für die Lei-

tung der Therapeutischen Dienste, wozu auch die Sozialarbeiter/-innen und Sozialdienste zählen; auch das Entlassmanagement gehört in diesen Bereich.

Zur Ausgangssituation: Seit mindestens sechs Jahren verzeichnen wir in unserer Klinik zunehmend verzögerte Entlassungen und Wiederaufnahmen psychisch Erkrankter aufgrund von Wohnungslosigkeit. Menschen, die psychisch krank sind und eine Wohnung verloren haben, haben in der Regel keine Chance, wieder eine eigene Wohnung zu finden. Die Klinik – die psychiatrische Klinik in diesem Falle – wird zum Auffangbecken von Menschen mit psychischen Erkrankungen, die wohnungslos und obdachlos sind. Wir können die schwer psychisch erkrankten Menschen nicht auf die Straße entlassen; das wäre ethisch nicht vertretbar. Sie kommen allein und ohne Wohnraum nicht zurecht.

Die Wechselwirkung von Wohnungslosigkeit und psychischen Erkrankungen ist langjährig und hinreichend bekannt. Etwa 80 Prozent der wohnungslosen Menschen leiden an einer psychischen Erkrankung. In einer Studie unserer Klinik haben Schreiter & Gutwinski die Wohnsituationen von Patientinnen und Patienten erfragt, die vom 13. März bis 13. September 2016 bei uns in den Stationen aufgenommen wurden; Tageskliniken oder Ambulanzpatienten sind nicht mit der Erhebung eingegangen. Von den insgesamt 1 251 in diesem Zeitraum von sechs Monaten aufgenommenen Personen – bei Mehrfachaufnahmen wurde nur die erste Aufnahme gezählt – haben 540 Personen an dieser Studie teilgenommen. Nur 60,4 Prozent der aufgenommenen Patientinnen und Patienten hatten eine eigene Wohnung. 11,5 Prozent – also 62 Personen – waren im engen Sinne wohnungslos. Dazu zählen Patientinnen und Patienten, die in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, auch ASOG, lebten. Zahlreiche Personen lebten aber auch in provisorischen Unterkünften wie unbeheizten Schuppen, Bretterbuden, Kellerräumen, Flurräumen oder riesigen Autogaragen etc. Die wohnungslosen Menschen waren im Durchschnitt bereits 6,0 Jahre ohne eigene Wohnung. Weitere 97 Personen von diesen 540 wohnten übergangsweise bei Bekannten, Verwandten und sonstigen Personen. Hier findet sich auch die verdeckte Wohnungslosigkeit von Frauen. – Ein weiterer Teil – 87 Personen, also 16,1 Prozent – lebte in therapeutischen Einrichtungen, und dies im Durchschnitt bereits seit 7,4 Jahren.

Das heißt also, wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum. Wir brauchen Krisenwohnungen, wir brauchen therapeutische Wohngemeinschaften, wir brauchen Trägerwohnungen, aber: Diese Wohnungen dürfen keine Sackgassen sein. Alle diese Übergangswohnsituationen für psychisch Kranke sind Sackgassen. Die Menschen kommen, auch aus den therapeutischen Wohngemeinschaften, nicht wieder in eine normale Wohnung, selbst wenn sie psychisch so stabil sind, dass sie das inzwischen könnten.

Ich würde Ihnen gerne ein bisschen die Personengruppen schildern, mit denen wir hier zu tun haben: Es sind einmal psychisch kranke Menschen, die ganz einfach aufgrund von schweren psychischen Erkrankungen – manischen Syndromen, depressiven Syndromen, bipolaren Störungen – ihre Wohnungen verlieren. Es sind Menschen, die noch nie eine eigene Wohnung gehabt haben, auch jüngere Menschen. Es sind Menschen, die in therapeutischen Wohngemeinschaften leben, aber nicht wieder in eine eigene Wohnung umziehen können. Und es sind auch Menschen in höherem Alter dabei – also sowohl im jüngeren als auch im höheren Alter. Ältere Menschen mit psychischen Erkrankungen, die ihre Wohnung verlieren, sie nicht mehr finanzieren können oder bereits verloren haben, landen, sage ich jetzt mal, in Pflegeheimen, wo sie nicht hineingehören. Man ist sehr schnell bei alten Menschen dabei, auch bei psychisch kranken älteren Menschen, die ein Wohnungsproblem, die keine Wohnung haben, zu sagen: Dann können die doch in ein Altersheim ziehen. – Das gilt auch für psychisch erkrankte, alt gewordene Menschen, die in therapeutischen Wohngemeinschaften gelebt haben oder leben, wo Pflegeabhängigkeit hinzukommt und die Bedingungen für die Versorgung in den therapeutischen Gemeinschaften nicht mehr gegeben sind, die dann in Pflegeheime verlegt werden, wo sie jegliche psychosoziale Betreuung verlieren.

Ich möchte weiterhin auch noch auf Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung zu sprechen kommen – auch sie zählen zu den Risikogruppen und zu den Gruppen, die wohnungslos in unsere Klinik kommen. Eine Patientengruppe möchte ich ganz besonders schildern: Das sind jene psychisch erkrankten Menschen mit meist sehr lang anhaltenden, mehrjährigen und rezidivierenden schweren psychischen Erkrankungen und oftmals mit Mehrfachdiagnosen. Das sind Menschen – Sie können es sich vielleicht nicht vorstellen – mit sehr ausgeprägtem selbst- oder auch fremdaggressivem Verhalten, mit Selbst- und Fremdverletzungstendenzen, z. B. aufgrund von angstgesteuertem, psychisch motiviertem Verhalten und Suizidalität. Das sind Menschen, und da bin ich froh über dieses Konzept des Housing First von Frau Breitenbach – noch zu wenig –, die aber in dem Sinne nicht unbedingt therapiemotiviert sind oder noch nicht therapiemotiviert sind, in keine Wohnung, keine Einrichtung kommen und insofern durch das Netz fallen. Hier ist wichtig: zunächst Wohnung, dann Therapie! Es sind auch Menschen, bei denen gleichzeitig eine psychische Erkrankung und eine körperliche Erkrankung vorliegen, Menschen mit Eingliederungshilfebedarf und Pflegebedarf. Die Menschen bleiben häufig ebenfalls auf der Strecke und werden dann, damit sie überhaupt ein Dach über dem Kopf bekommen, auch in Pflegeheimen untergebracht.

Eine weitere Gruppe, die uns zunehmend Sorge bereitet, sind Personen, die durch wiederkehrende Straftaten von einer erstmaligen Unterbringung im Maßregelvollzug bedroht sind oder aufgrund fehlender risikoadaptierter Nachsorge erneut strafgefährdet sind. Sie müssen sich vorstellen: Etwa 70 Prozent der Patientinnen und Patienten kommen über PsychKG oder Betreuungsrecht mit der Feuerwehr oder der Polizei zu uns in die Klinik. Das sind Personen, die von ihrer stationären Wohn- und Pflegeeinrichtung fristlos gekündigt werden bei gleichzeitiger Einweisung in die Klinik – eben meist über PsychKG oder Betreuungsgesetz – und auch

Personen mit Intelligenzminderung und psychischer Erkrankung oder Verhaltensauffälligkeiten, die von ihrer Wohn- und Pflegeeinrichtung ebenfalls fristlos gekündigt werden.

Sie merken, es ist eine sehr große Gruppe von Menschen mit psychischen Erkrankungen und sehr speziellen Problemen. Aber alle haben eins gemeinsam – das besondere Risiko der Obdachlosigkeit und der Wohnungslosigkeit und den Umstand, eben keinen adäquaten Wohnraum zu finden. – Was heißt das? – Das heißt: Wenn ich an das Entlassungsmanagement denke, wenn ich an StäB denke, wenn ich an stationsäquivalente Behandlungsmodelle denke, wenn ich an unsere integrierte Versorgung denke – die Behandlung von psychisch erkrankten Menschen in den häuslichen Bereich zu verlegen, die stationären Aufenthalte zu verkürzen, den sozialen Wohnraum zu nutzen –, dann fallen uns diese Konzepte auf die Füße, weil wir keinen sozialen Wohnraum haben. Und bei der großen Anzahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen und Wohnungslosigkeit sind die Bestrebungen – und, wie gesagt, Hut ab vor Projekten wie Housing First und vielen anderen Projekten! – zu wenig.

Sie müssen sich auch vorstellen, dass wenn die Patienten, die zu uns kommen, psychisch stabil sind und nicht entlassen werden können, oder die Entlassungen verzögern sich, oder es gucken sich fünf, sechs, sieben Leute diese Patienten an, nehmen sie aber aufgrund ihres auffälligen Verhaltens doch nicht auf, dass diese Menschen nach dem ersten Therapieerfolg regressiv werden.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Niemann-Mirmehdi, Sie müssten zum Schluss kommen – es sind jetzt mehr als zehn Minuten!

**Mechthild Niemann-Mirmehdi** (PUK der Charité im St. Hedwig-Krankenhaus): Ich bin eigentlich zum Schluss gekommen. Vielleicht das noch, dass wir in allen Bereichen die Schnittstellen überwinden müssen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Trinken Sie erst einmal einen Schluck; die Zeit haben wir! Wir sind ja der Gesundheitsausschuss!

**Mechthild Niemann-Mirmehdi** (PUK der Charité im St. Hedwig-Krankenhaus): Jetzt kommt mir meine Erkältung zuwider. – Das Letzte vielleicht tatsächlich: dass wir auf den ganz, ganz vielen verschiedenen Ebenen die Schnittstellen überwinden müssen, also Schnittstellen zwischen den Geldgebern, zwischen Soziales und Gesundheit, zwischen Jung und Alt oder zwischen der Versorgung psychisch kranker Kinder, Jugendlicher und auch erwachsener oder älterer Menschen. – Bei Fragen stehe ich gern zur Verfügung!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Dann bitte ich jetzt Frau Kosik.

**Dominika Kosik** (Gangway e.V.): Danke erst einmal für die Einladung! Ich bin ziemlich spontan als Expertin in die Runde eingeladen worden; ich arbeite bei Gangway, bin Sozialarbeiterin, und wir machen Straßensozialarbeit. Unser Schwerpunkt ist es, wohnungslose erwachsene Menschen zu begleiten, zu beraten und in das Berliner Hilfesystem zu vermitteln, was sich oftmals als ein bisschen schwierig erweist.

Wir betreuen Männer wie Frauen, und von diesen Menschen sind schätzungsweise 20 bis 30 Prozent weiblich, die sich allerdings versteckt auf der Straße aufhalten. Aber die, die wir

da antreffen, das sind so 20 bis 30 Prozent. Frauen – das wurde alles schon gesagt – haben, sage ich mal, eine viel höhere Schamgrenze, sodass sie sich nicht gern öffentlich auf den Straßen aufhalten und versuchen, bei Bekannten, bei Freunden oder in irgendwelchen Zwangskontexten, auch bei Freiern, unterzukommen, oder sie bezahlen ganz teure Mieten – also Mieten in Anführungsstrichen – für einen kleinen Schlafplatz.

Es gibt sehr wenige Notunterkünfte für Frauen, die auf der Straße leben, und die, die es gibt, sind halt sehr oft gemischt – das wurde auch schon erwähnt. Die reinen Frauenunterkünfte sind überfüllt, sodass eine ganz lange Betreuungsdauer besteht, was eigentlich so ja nicht sein sollte. Eigentlich sollten sie viel früher vermittelt werden. Im Endeffekt sind Frauen jahrelang dort, ohne richtig bedürfnisorientierte Hilfen zu bekommen, weil das Personal einfach nicht da ist in den sogenannten ASOG-Unterbringungsmöglichkeiten.

Unter den Frauen, die auf der Straße leben, gibt es auch jüngere Frauen, wobei die meisten sich im mittleren Altersbereich, so 30 bis 40, bei uns zumindest, zeigen. Ich habe letztes Jahr an einer Gender-Budgeting-Studie in Charlottenburg-Wilmersdorf mitgemacht. Dazu haben wir Frauen interviewt und wollten herausfinden, was die Bedarfe von den Frauen sind und was darauf dann als Maßnahme erfolgen kann. Wir haben ein Community-Mapping gemacht, wir haben qualitative Interviews gemacht, und im Endeffekt stellte sich das heraus, was auch unsere Erfahrung auf der Straße schon erbracht hat: Frauen haben tatsächlich frauenspezifische Problematiken wie eben hygienische; ihre monatliche Blutung beispielsweise. Ich nenne es jetzt mal so deutlich, denn das ist wirklich etwas, was problematisch ist – dass sie ihren hygienischen Bedürfnissen nachgehen können. Es gibt Hygienezentren, die aber auch gemischtgeschlechtlich sind. Einen wirklichen Schutzraum, der nur für Frauen da ist, gibt es in Tagestreffs natürlich, aber das ist alles viel zu wenig.

Zudem haben Frauen natürlich auch ein hohes Sicherheits- und Schutzbedürfnis, sodass sie sich oft an Männer auf der Straße binden, die ihnen vielleicht im Endeffekt nicht so gut tun. So von der Erfahrung kam heraus, dass viele Frauen schon traumatisiert auf der Straße landen. Viele berichten zumindest, dass es traumatische Erfahrungen in den Familien oder in der Ehe oder mit Freunden und Bekannten gab, meistens aber im familiären Kontext – häusliche Gewalt, sexuelle Übergriffe etc. –, sodass sie schon recht früh in die Sucht gekommen sind und sich dann auf der Straße wiedergefunden haben.

Wir betreuen auch den Kurfürsten-Kiez mit einem Beratungsbus und haben da viele Prostituierte oder Sex-Arbeiterinnen vor Ort, die auch berichten, dass sie nicht unterkommen. Oftmals gibt es einen Migrationshintergrund, und das ist auch eine hohe Schwelle, dass es überhaupt irgendeine Unterkunft oder Übernachtungsmöglichkeit gibt. Viele der Frauen schlafen in Treppenhäusern, in Parkhäusern, in Hausfluren – zum Ärger der Anwohner; das ist auch eine sehr große Problematik. Es gibt also einfach zu wenige betreute, wirklich auch psychologisch betreute Frauenunterkünfte. Es gibt sowieso einen großen Wohnraumangel in Berlin, da ist Vermittlung generell schon schwierig, und für Frauen stellt sich das explizit noch ein bisschen schwieriger dar.

Wir machen am Beratungsbus auch Aufklärung über sexuelle Krankheiten, generell über den Gesundheitszustand, wir bieten psychosoziale Beratung, und es kommt immer wieder vor, dass die Frauen tatsächlich sehr aufgeklärt sind – weil es gerade hier noch Thema war –, dass sie Schutz und Kondome benutzt wollen, dass viele Männer das aber nicht tun. Vielleicht be-

darf es da noch mal ein bisschen Aufklärung der allgemeinen Bevölkerung zum Schutz vor übertragbaren Krankheiten.

Eine ganz große Problematik ist natürlich auch die gesundheitliche Versorgung: Es gibt wenige Frauen, die eine Krankenversicherung haben. Sie sind gezwungen, die kostenlosen ärztlichen Einrichtungen für wohnungslose Menschen zu nutzen, was zum einen gemischtgeschlechtlich ist und zum anderen nicht darauf ausgerichtet ist, Frauenbedürfnisse zu bedienen. Es gibt eine sehr, sehr große Schamgrenze. Bis eine Frau sich traut, so ein Angebot zu nutzen, bedarf es wirklich ganz, ganz langer psychosozialer Beratung und oftmals auch der Begleitung von uns. Das ist natürlich auch nicht immer machbar, und von daher wäre vielleicht zu überlegen, ob man frauenspezifische Gesundheitseinrichtungen noch verstärkt aufbauen kann. – So viel erst einmal. Wenn Sie Fragen haben, stehe ich zur Verfügung!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann hätte jetzt die Senatsverwaltung die Möglichkeit einer Stellungnahme. Wir haben eigentlich auch darum gebeten, dass jemand aus der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales kommt. – Frau Dr. Rehse, herzlich willkommen! – Dann wäre jetzt die Senatorin an der Reihe.

**Senatorin Dilek Kolat (SenGPG):** Ich fange mal an und denke, dass die federführende Verwaltung auch Stellung bezieht. – Sie haben ja gemerkt, dass insgesamt im Senat die Wohnungslosen- und Obdachlosenpolitik auf neue Beine gestellt wird. Wir arbeiten fleißig an Leitlinien und Strategien, und dazu gibt es auch Konferenzen und Workshops. Ich will an dieser Stelle sagen, dass das Thema obdachlose Frauen hier ein Schwerpunkt ist, um – was diese Anhörung auch gezeigt hat – ganz spezifisch in die Analyse einzusteigen und zu schauen, wie unsere Angebotsstruktur ist: Müssen wir hier nachbessern?

Ich fasse einmal für mich zusammen: Wir müssen nachbessern; wir müssen auf jeden Fall unsere Angebotsstruktur, was Frauenspezifik angeht, verbessern. Hierzu gibt es, wie gesagt, auch eine Arbeitsgruppe, die ganz spezifisch schon an Lösungen arbeitet. Das deckt sich auch mit dem, was Sie hier vorgetragen haben: Wir haben Spezifika neben der allgemeinen Entwicklung der Engpässe auf dem Wohnungsmarkt, und da Menschen in unserer Stadt leider wohnungslos und obdachlos werden, haben wir auch frauenspezifische Themen. Die Besonderheiten haben Sie hier wunderbar zusammengefasst – vielen Dank dafür!

Jetzt stellt sich die Frage, wie unsere Angebotsstruktur ist. Wir sehen Handlungsbedarf seitens des Senats in zwei Richtungen: einmal natürlich die gemischten Unterkünfte. Die – das haben Sie ja auch gesagt – werden mit 11 Prozent ganz wenig angenommen, und die Schutzräume für Frauen und Kinder lassen zu wünschen übrig. Da wünsche ich mir Standards auch für diese Einrichtungen, die gemischt sind, um, sage ich mal, die Schutzbedürftigkeit zu berücksichtigen, aber auch spezifische Merkmale des Angebots anzupassen. Ich denke, da brauchen wir Standards – das ist mein erster Punkt.

Mein zweiter Punkt ist, die Angebote, die es in der Stadt spezifisch für Frauen gibt, noch einmal ins Auge zu fassen. Hier haben wir tatsächlich gute Angebote in den letzten ein, zwei Jahren ausgebaut. Aber so, wie ich jetzt Ihre Ausführungen verstehe, deckt das nicht den Bedarf, und deswegen müssen wir in zwei Richtungen schauen, wenn es um spezifische Angebote für obdachlose und wohnungslose Frauen geht – einmal natürlich die Unterbringung, aber auf der anderen Seite auch die medizinische Versorgung. Ich teile Ihren Ansatz, dass, je

stabiler eine Wohnsituation gegeben ist, dadurch auch eine Therapie besser möglich ist. Eine Frau, die auf der Straße lebt und sich nur etwas zum Essen und Kleidung holt, ist schwieriger für eine Behandlung zu gewinnen als eine Frau, die eine psychische Erkrankung hat und in einem Wohnprojekt untergebracht ist.

Auch das ist unsere Erkenntnis in der Fragestellung medizinische Versorgung von obdachlosen Menschen, dass die Sozialarbeit drum herum sehr wichtig ist und eben auch die Bedingungen drum herum sehr wichtig sind, um hier überhaupt einen Zugang und auch Motivation für eine Behandlung auf den Weg zu bekommen. Deswegen, denke ich, müssen wir diese spezifischen Angebote in Berlin noch ausbauen, und es wäre dann die Frage, an welchen Stellen man das machen muss. Wie gesagt: Für die medizinische Versorgung brauchen wir, denke ich, die Vernetzung mit allen Einrichtungen, aber auch spezifische Einrichtungen, die es ja auch gibt. Im Rahmen des ISP haben wir hier Angebote, die ich erwähnen möchte, wo eine psychologische Betreuung der Frauen implementiert ist. Die Frage ist, ob wir diese ausbauen müssen.

Wir haben auch rund um die Bahnhofsmissionen ein Modellprojekt, das wir jetzt auf den Weg bringen, wo wir gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales vorhaben, mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, aber eben auch Psycholog/-innen direkt vor Ort, wo es Begegnungsmöglichkeiten gibt, einzusetzen. Ich glaube, hier müssen wir mehrgleisig fahren: Wir müssen die Angebote niedrigschwellig halten, aber wir müssen eben auch den Zugang sichern, und da ist unsere These: Schaffen wir diesen Zugang über gute Sozialarbeit, die im Alltag mit obdachlosen Menschen zusammenarbeitet, um den Weg in eine Behandlung zu ebnen. – Das sind die Ansätze.

Zum Schluss: Ich finde es sehr gut, Gender Budgeting als Instrument heranzuziehen. Die Erkenntnisse aus Charlottenburg-Wilmersdorf sollten als Grundlage genommen werden, um in der Wohnungslosen- und Obdachlosenpolitik Gender Budgeting als Instrument zu nutzen, um dahin zu kommen, dass – wenn ein Drittel der obdachlosen Menschen Frauen sind – auch die Angebote das entsprechend wiedergeben. Das ist ja genau der Grundgedanke von Gender Budgeting.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Dr. Rehse, möchten Sie auch, oder warten Sie noch auf konkrete Fragen? – [Zuruf] – Okay! – Ich habe jetzt eine Redeliste, da sind acht Personen drauf. Wir haben zehn vor elf, in zehn Minuten wäre eigentlich Feierabend. Das schaffen wir nicht. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir bei Anhörungen bis 11.30 Uhr verlängern können. Aber dann ist auch wirklich Schicht im Schacht! Also bitte ich Sie, sich auf die Fragen zu beschränken. Ich erinnere Sie daran, dass wir das Thema wieder aufrufen, wenn das Wortprotokoll vorliegt. – Als Erstes wäre Frau Schmidt an der Reihe.

**Ines Schmidt (LINKE):** Vielen Dank für die Vorträge! Ich habe jetzt herausgehört, Frau Radlbeck: Aus Ihrer Sicht muss ein Frühwarnsystem eingerichtet werden, um die Frauen auf den Weg zu bringen, bevor sie wohnungslos werden. – Frau Kosik! Sie haben dieses große gesundheitliche Versorgungsproblem angesprochen. – Frau Münchow! Sie haben angesprochen, dass mehrere Bezirke mehrere Sachen machen, aber dass das nicht so richtig koordiniert wird.

Jetzt ist meine Frage an Sie vier: Wäre es aus Ihrer Sicht sinnvoll, ein Fachzentrum mit Fachleuten, also so ein gemeinsames Sozial- oder Gesundheitszentrum einzurichten, wo zum Beispiel vorab Fragen geklärt werden können, wo Anträge gestellt werden, wo man hingehen kann, wenn man das und das Problem hat, wo Fachärzte vorhanden sind, wo Juristen vorhanden sind? – Das ist die erste Frage.

Und die zweite Frage an Frau Niemann-Mirmehdi: Nehmen wir den Fall an, eine Frau wurde in einer Obdachloseneinrichtung aufgenommen. Jetzt muss sie aus gesundheitlichen Gründen ins Krankenhaus. Was passiert mit ihrem Platz? Kann sie nach ihrem Krankenhausaufenthalt wieder dorthin zurückkehren?

Die Frage noch: Was passiert mit Kindern und Jugendlichen, wo die Frauen wohnungslos werden? Sorgt da irgendein staatliches soziales System dafür, dass sie in ihrem Kindergarten, in ihrer Schule, in ihrem Freundeskreis bleiben können? – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Çağlar, bitte!

**Derya Çağlar (SPD):** Ich wollte mich noch einmal bei Ihnen allen für die Ausführungen bedanken, aber auch für die Arbeit, die Sie vor Ort leisten – das geht an die Hauptamtlichen, aber auch an den ehrenamtlichen Hintergrund, den wir gerade nicht sehen! – [Beifall] – Danke schön dafür! – Ich habe jetzt auf jeden Fall mitgenommen, dass der Bedarf viel, viel höher ist, als wir Plätze haben, nicht nur für Frauen, sondern auch für die Kinder, die dazugehören. Zu über 90 Prozent sind es ja die Frauen, die vor den Notunterkünften auftauchen. Wir wissen von den Frauenhausplätzen, die wir haben, dass die auch überfüllt sind. Da haben wir bereits aufgestockt oder sind am Aufstocken und wissen, dass das auch nicht reichen wird. Die Frage an Sie: Wie könnte man die Zusammenarbeit zwischen den Unterkünften und den Frauenhausplätzen verbessern? Oder gibt es da bereits eine? Dazu habe ich jetzt noch keine konkreten Informationen bekommen.

Wichtig wäre mir auch: Wenn die Kinder mit den Eltern aufgenommen werden – was ja früher nicht so war; man geht ja nicht davon aus, dass Kinder in Notunterkünfte kommen, leider ist das so, aber das Jugendamt ist ja auch irgendwo mit dabei; die Eltern werden das Kind natürlich nicht gerne abgeben –, wie ist da die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und den Familien vor Ort? – Das ist meine Frage.

Die Barrierefreiheit wäre auch noch wichtig für mich: Sind die Räumlichkeiten barrierefrei? – Bei unseren Frauenhausplätzen besteht auf jeden Fall ein Bedarf, was wir auch bei den neuen Plätzen berücksichtigen, die wir einrichten.

Und ganz, ganz groß ist natürlich das Problem mit den Wohnungen. Das ist aber auf allen Ebenen so. Auch das Zweite-Stufe-Wohnen hat das Problem. Die Frauenhausplätze stagnieren ja auch mit den Frauen, die vor Ort sind, über Jahre, weil dann die entsprechenden Wohnungen nicht zur Verfügung stehen. Da müssen wir natürlich handeln und gucken, wie wir dieses Problem für die Zukunft lösen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Fuchs!



**Stefanie Fuchs (LINKE):** Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Frau Radlbeck, auch an Sie, dass Sie die Forderungen aus der Strategiekonferenz noch einmal eingebracht haben! – Ich würde sehr gern zum Thema dieses Ausschusses zurückkommen und hätte ein paar Fragen zur gesundheitlichen Versorgung von Frauen: grundsätzlich die Frage, ob Sie einen Überblick haben, wie viele Frauen zum Beispiel nicht krankenversichert und damit nicht im Regelsystem der Ärzte aufgenommen sind, wie die Versorgung mit Fachärzten bei wohnungslosen Frauen aussieht und natürlich entsprechend auch bei den Kindern, die dazugehören und ggf. auch nicht versichert sind.

Dann ist meine Frage: Haben Sie Erfahrungswerte, was Obdachlosigkeit bei Frauen bei der Entlassung aus dem Krankenhaus angeht? – Ich meine jetzt nicht den psychischen Bereich, sondern wirklich die allgemeine Krankenhausentlassung. Inwieweit sehen Sie da Probleme?

Was mich auch noch interessiert: Wir haben bei Männern oder auch bei der Strategiekonferenz mitbekommen, dass die Frage des Alters immer wichtiger wird. Inwieweit sehen Sie deutliche Bedarfe, einen Pflegenotdienst zum Beispiel oder überhaupt Pflegemöglichkeiten für Frauen anzubieten, weil eben alte oder ältere Frauen da sind, die einfach pflegebedürftig sind? Gibt es dazu Kooperationen zum Beispiel mit Pflegeeinrichtungen? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Seerig, bitte!

**Thomas Seerig (FDP):** Vielen Dank! – Ich habe erst einmal zwei Nachfragen an Frau Münchow und Frau Radlbeck: Es sind natürlich nur Schätzungen, das ist mir klar, aber wie hoch ist in etwa der Anteil der Frauen über 60? Gerade Frau Radlbeck sprach davon, dass die Frauen eher jünger sind als die Männer.

Zum Zweiten haben wir es ja insgesamt bei der Gruppe der Obdachlosen mit einem sehr hohen Anteil von Personen aus Osteuropa zu tun; 70, 75 Prozent und häufiger. – Wie hoch ist der Anteil bei den Frauen? Ist das ähnlich, oder ist das signifikant anders?

Die Frage an Frau Kosik bezüglich der medizinischen Versorgung: Habe ich es richtig verstanden, dass Sie den Ansatz der Clearingstelle für die Versorgung von Frauen für einen falschen Ansatz halten, wenn Sie sagen, die derzeitigen Einrichtungen seien alle nicht so niederschwellig, dass Frauen dort hingingen?

Dann die Frage an alle bezüglich der bereits bestehenden frauenspezifischen Einrichtungen: Wie sieht das mit der regionalen Verteilung in der Stadt aus? – Es gibt einige Bezirke – insbesondere der meine, Steglitz-Zehlendorf –, die sich da immer ganz gerne einen schlanken Fuß machen. Gibt es wenigstens eine halbwegs gleichmäßige Verteilung über die Stadt?

Das Letzte ist eine Frage an den Senat: Frau Radlbeck erwähnte die Broschüre der Landesarmutskonferenz mit der Aufklärung im Bereich Prävention. Kann sich der Senat vorstellen, dass gerade die landeseigenen Bau- und Wohnungsunternehmen diese prinzipiell an ihre Mieterinnen und Mieter, insbesondere bei drohender Wohnungslosigkeit – auch das gibt es ja dort – mit verschicken? – Ich habe schon einmal in einem anderen Rahmen gefragt; da hieß es, die Broschüre gebe es nicht mehr. Es gibt sie noch, insofern die Frage an die beiden Senatsvertreterinnen, ob Sie sich das vorstellen können und, wenn ja, was Sie unternehmen werden, um das umzusetzen. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Herr Ubbelohde!

**Carsten Ubbelohde (AfD):** Vielen Dank! – Zunächst möchte ich kurz danke sagen: Danke für die Geduld, dass wir Sie nach der Umstellung der Tagesordnung haben ein bisschen länger warten lassen! Vielen Dank für Ihre sehr engagierte, interessante Arbeit! Es ist selten, dass ich bei einer Anhörung denke: Schade, dass es schon vorbei ist! – Auch wenn unsere Zeit sehr knapp war – ich hätte gerne noch mehr von Ihnen gehört, weil Ihre Ausführungen außerordentlich informativ für mich waren und sehr, sehr interessant.

Sie haben vollkommen recht mit dem, was Sie sagen, und so, wie Sie es sagen, sollte es gemacht werden. Interessant ist aber auch – und das ist ein Stück weit auch eine Frage in die Runde allgemein –, dass wir nach vielen Jahrzehnten einer angeblichen Sozialpolitik mit unterschiedlichen Konstellationen und Mehrheiten und Koalitionen zunehmend, immer mehr und immer noch vor derselben Fragestellung stehen. Da frage ich mich natürlich: Was ist hier in den letzten Jahren vor allem nicht gemacht worden?

Ich meine folgende Frage: Inwiefern hinkt der soziale Wohnungsbau hinter den Notwendigkeiten hinterher? – Housing First ist ein interessantes Konzept, aber Housing First geht auch nur, wenn etwas da ist, wenn es Wohnungen gibt. Wenn keine Wohnungen da sind, kann auch kein Housing First gemacht werden. Insofern ist diese Frage in diesem Fall besonders brisant.

Das Nächste ist die Frage an den Senat: Inwiefern haben Sie bezüglich der eben schon erwähnten Migrantenströme aus Osteuropa zu diesen Ländern, z. B. Rumänien, Kontakte, um dort für Aufklärung zu sorgen, dass die Perspektiven, die diese Menschen bei einem Umzug nach Deutschland erwarten, nicht gegeben sind?

Die dritte Frage ist: Inwiefern kommt der Senat auch mit Blick auf das gerade Gehörte zu der Erkenntnis, dass abgelehnte Asylbewerber zurückgeführt werden müssen, um das Sozialsystem nicht weiter zu belasten?

Und die letzte Frage: Inwiefern lernt der Senat bei diesem, wie ich finde, auch bildungs- und familienpolitischen Offenbarungseid, den wir hier vernehmen müssen, dass die Ursachen für dieses Problem gefunden und angegangen werden müssen, um das Problem an der Wurzel zu packen?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Dann wäre als Nächste Frau Radziwill an der Reihe.

**Ulker Radziwill (SPD):** Vielen Dank auch von meiner Seite für die vielen Informationen und auch die Motivation, hier noch mehr zu machen! – Ich möchte ganz gerne folgende Fragen stellen, zum einen: Im Bereich Prävention bin ich bei Ihnen, da muss sicherlich noch mehr gemacht werden. Da möchte ich konkret nachfragen, wie Sie denn „mehr Information für Frauen bei der Prävention“ – das war eine Aussage – genau meinen. Wie soll aus Ihrer Sicht am besten die Information an die betroffenen Frauen gegeben werden?

Sie haben gesagt, dass die Übernahme von Mietschulden billiger ist als ASOG – rechnerisch sicherlich, ja. Wie könnte das aus Ihrer Sicht organisiert werden? Müssten wir also einen Pool bereitstellen? Welche konkreten Überlegungen gibt es da aus Ihrer Sicht?

Dann haben wir als Koalition in diesem Doppelhaushalt die unabhängige Mieterberatung in den Bezirken zusätzlich finanziert – 100 000 Euro. Ein Großteil der Bezirke hat auch diese unabhängige Mieterberatung. Ist Ihnen bekannt, ob hier eine Zusammenarbeit mit den Trägern, die im Bereich der Unterstützung wohnungsloser Personen tätig sind, vorhanden ist?

Die letzte Frage geht auch ein Stück weit in Richtung des Senats: Pflegebedürftige ältere Frauen – reicht das Angebot, das wir haben? Bauen wir das aus? Welche Unterstützungsmöglichkeiten sehen Sie dort? – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Vogel, bitte!

**Katrin Vogel (CDU):** Last, but not least! – Auch von meiner Fraktion herzlichen Dank für Ihre Arbeit, die Sie Tag für Tag leisten! Ich habe einige Fragen. Ich fange einmal damit an: Das Thema Wohnungslosenstatistik ist ja lange geplant und immer wieder avisiert worden, aber leider bisher überhaupt nicht ansatzweise umgesetzt. Welchen Stellenwert hat diese Statistik für Ihre Arbeit? Wäre sie wichtig oder nicht?

Frau Münchow! Sie sprachen davon, dass viele Frauen abgewiesen werden, dass die Zahlen im drei- bis vierstelligen Bereich liegen. Können Sie das vielleicht noch ein bisschen konkretisieren? Kann man sagen, dass das saisonbedingt ist? Oder kann man bestimmte Stoßzeiten ausmachen? – Dazu hätte ich gerne noch ein paar Informationen.

Dann würde mich von Ihnen allen interessieren, so Sie davon Kenntnis haben: Wenn obdachlose Frauen in Wohnungen vermittelt werden, handelt es sich bei diesen Wohnungen um Wohnungen von landeseigenen Gesellschaften, oder sind es vorrangig private? – In dem Zusammenhang würde mich überhaupt interessieren, wie Sie das Engagement der landeseigenen Wohnungsgesellschaften mit der Zurverfügungstellung von Wohnraum im geschützten Marktsegment bewerten. Eine Anfrage von mir im Oktober hat ergeben, dass die Anzahl der bereitgestellten Wohnungen dort deutlich zurückgegangen ist. Für mein Empfinden besteht hier wirklich akuter Handlungsbedarf.

Dann hätte ich noch die Frage zur psychologischen Betreuung von obdachlosen Frauen: Nach meinem Kenntnisstand gibt es das nur im Projekt GEBEWO; ich finde es außerordentlich schade, dass Frau Köppen heute nicht hier ist. – Gibt es da weitere Projekte, die geplant sind, um Frauen eben auch psychologisch zu betreuen? – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Kofbinger!

**Anja Kofbinger (GRÜNE):** Vielen Dank auch von meiner Fraktion für Ihre Anwesenheit und vor allen Dingen auch für die Arbeit, die Sie seit vielen, vielen Jahren leisten in diesem wirklich schwierigen und wichtigen Feld! – Ich möchte mich, weil es schon so unglaublich viele Fragen gibt, speziell an den Senat und an die beiden Senatsverwaltungen IAS und GPG wenden. Da geht es mir vor allem darum: Wie arbeiten Sie zusammen? Können Sie mir das vielleicht kurz schildern?

Sehr wichtig ist mir ja immer der Bereich des Geldes, und deshalb interessiere ich mich dafür, wie Sie von Ihrer Seite aus bei der neuen Haushaltsaufstellung, die ja sehr bald erfolgen wird, nämlich zu Beginn des Jahres für die Jahre 2020/2021, Gender-Budgeting-Ansätze verwirklichen wollen. Die Zahlen, die wir haben, sind mehr oder weniger valide; viel musste geschätzt werden. Wir haben ja nun einmal keine Statistik, sie wird aber angefertigt; das weiß ich. Aber jetzt müssen wir ja Haushaltsberatungen machen, und deshalb ist es mir wichtig zu fragen: Wie wollen Sie diese 30 Prozent der obdachlosen, der wohnungslosen Frauen in Ihren jeweiligen Haushaltstiteln abbilden?

Anschließend an Frau Vogel noch einmal – wir hatten das ja in der letzten Legislaturperiode: Was ist eigentlich mit der psychologischen Betreuung? Ich kann mich noch sehr gut an den langen, langen Kampf um die Stelle von Frau Köppen erinnern, die heute leider nicht da sein kann; das hätte sie wahrscheinlich erzählen können. – Das war eigentlich völlig absurd, denn diese 60 000 Euro, die diese Stelle kostet, haben am Ende unglaublich viel Geld eingespart. Das war ja auch das Hauptargument, weshalb sie dann verlängert wurde und weshalb sie immer noch in dem Bereich arbeitet; sonst wäre das ja gar nicht gegangen. Auch da die Frage: Wie wird da weiter ausgebaut? – Das wären meine wichtigsten Fragen. Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Topaç!

**Fadime Topaç (GRÜNE):** Vielen Dank an Sie für die vielen detaillierten Informationen! – Wohnraum wurde hier immer wieder angesprochen. Bezahlbarer Wohnraum ist natürlich mindestens die halbe Miete für den Erfolg, das ist keine Frage. Aber ein Punkt, der immer wieder angesprochen wurde, ist auch das Thema Personal. Wie sieht es damit eigentlich aus? Haben Sie, was Sie brauchen? Haben Sie, was Sie brauchen, in ausreichendem Maße? Haben Sie zum Beispiel auch mehrsprachiges Personal? Wie ist da Ihre Situation, und wie sehen da die Bedarfe aus?

Ich denke, wir brauchen eine Landesstrategie in Sachen Personalgewinn, aber auch Ausbildung, Frau Senatorin, und zwar ressortübergreifend: SenGPG ist sehr wesentlich, SenIAS, Finanzen, aber auch Wissenschaft, denn ich glaube nicht, dass wir im Augenblick da draußen in ausreichender Stückzahl – in Anführungszeichen – Psycholog/-innen und gerade auch Sozialpädagog/-innen zur Verfügung haben. Haben Sie mit Ihren Kolleg/-innen im Senat Überlegungen angestellt, da die Zahlen zu erhöhen, Bedarfe anzupassen oder auch neue, andere Berufe ins Visier zu nehmen, die möglicherweise auch geeignet wären? – Oder, an Sie adressiert: Wie sehen Sie das, wenn Sie diese Engpässe bereits jetzt haben? Welche Lösungswege sind Sie da bereits gegangen? Vielleicht können wir ja auch von Ihnen lernen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde, und ich möchte bitten, dass Frau Kosik beginnt. Ich werde Sie, wenn es zu lang wird, unterbrechen, und bitte Sie, jetzt wirklich ganz konzentriert auf die Fragen, die gestellt wurden, zu antworten. Bitte!

**Dominika Kosik (Gangway e. V.):** Okay! Also ich beantworte jetzt alle Fragen hintereinander. Die erste Frage bezog sich auf die gesundheitliche Versorgung und ob ein Fachzentrum sinnvoll wäre: Ich finde das sehr sinnvoll, weil man viele Dienstleistungen unter einem Dach hätte. Allerdings sollte es ziemlich niederschwellig sein, und so ein Fachzentrum stellt für viele Adressatinnen einfach schon eine sehr hohe Schwelle dar, vor allem, wie sie an die In-

formation gelangen, dass es das gibt, was man braucht, was die Voraussetzungen sind. Sie fühlen sich meistens nicht angesprochen. Es bedarf also sehr vieler Informationen und vielleicht dann noch mal sozialer Arbeit, die die Information irgendwie streuen, begleiten kann, was dann personell auch wieder Aufstockungen bedeutet. Und zusätzlich müssten ganz genaue Zugangsbedingungen definiert werden, die sehr niedrigschwellig sind und breit gestreut werden, damit auch alle davon erfahren.

Ich weiß jetzt gar nicht so recht, ob die Frage an mich gerichtet war – es ging um die Anzahl, wie viele Frauen eine Krankenversicherung besitzen: Da habe ich keine konkrete Zahl im Kopf. Gefühlt sind es sehr wenige, und die, die sie haben, haben auch Zugang zu Fachärzten oder -ärztinnen, der aber aufgrund der hohen Schamgrenze sehr selten genutzt wird. Wohnungslose Frauen sind hygienisch nicht im besten Zustand, und durch die Schamgrenze gehen sie einfach nicht hin. Sie schämen sich, sich dort dann auszuziehen oder sich überhaupt dreckig und nicht gepflegt vor dem Arzt hinzustellen. Daher sind Fachärzte eine hohe Schwelle.

Allerdings – und damit komme ich zur dritten Frage: Wenn man wirklich lange mit ihnen arbeitet und durch gute Beziehungsarbeit ein Vertrauensverhältnis hat und die Frauen dann auch begleitet werden und vorher vielleicht angeleitet werden, noch einmal ins Hygienecenter zu gehen, dann sind sie auch bereit hinzugehen, und dann wird das auch oft praktiziert.

Zur Frage der Clearingstelle: Das haben Sie tatsächlich falsch verstanden. Ich finde die Clearingstelle super. Sie ist total notwendig. Gerade bei EU-Bürgerinnen, wo im Zweifelsfall ja auch eine Krankenversicherung da ist oder übernommen werden kann oder zumindest ein Status hergestellt werden kann, wissen sie es nicht. Und da ist es super, super notwendig. – Die Aussage war eher so gemeint, dass es wirklich mehr sozialer Arbeit bedarf, um die Menschen, die Adressatinnen dort hinzubegleiten, zu vermitteln, Informationen zu geben, was wirklich ganz niederschwellig passieren muss.

Noch ein Punkt: Bei den kostenlosen ärztlichen Einrichtungen für wohnungslose Menschen – und dort explizit für Frauen – ist mehr Bedarf, weil viele eben keinen Anspruch haben wegen mangelnder Krankenversicherung.

Ob die Wohnraumvermittlungen, die bei Frauen stattfinden, eher privat oder staatlich sind: In der Regel sind es eher staatliche Angebote, die genutzt werden. Zumindest aus unserer Erfahrung ist es so, dass wir kaum private Vermieter oder Vermietungen haben. Wenn wir es tatsächlich schaffen, in eine Wohnung zu vermitteln, dann ist es bei uns aufgrund der Niedrigschwelligkeit und dass wir mit Übergängen anfangen in der Regel eher so, dass wir erst einmal in ASOG-Unterbringungen oder in betreutes Wohnen nach 67 vermitteln und der Weg dann weitergeht. Es ist sehr selten bis gar nicht so, dass wir eine wohnungslose Frau oder einen wohnungslosen Mann direkt in einer normalen privaten Wohnung unterbringen können.

Zu den Sprachen: Wir decken osteuropäische Sprachen sowie Türkisch und Bulgarisch ab. Bei uns fehlen einfach aufgrund der Situation noch andere Sprachen, die wir personell nicht leisten können. Wir sind aktuell zwölf Straßensozialarbeiter/-innen, die in Berlin tätig sind, da können wir leider nicht alle Sprachen abdecken. Wir haben einen Dolmetscherdienst, den wir nutzen können, der aber auch nicht ausreichend ist, weil wir den nicht mit auf die Straße nehmen können. Da sind natürlich schon personelle Engpässe vorhanden, aber es ist bisher zumindest machbar.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann Frau Niemann-Mirmehdi, bitte!

**Mechthild Niemann-Mirmehdi** (PUK der Charité im St. Hedwig-Krankenhaus): Vielleicht einmal ganz klar zur Clearingstelle: Wir begrüßen die sehr. Sie können sich vorstellen, dass bei uns in der Klinik oder in den psychiatrischen Kliniken viele Menschen ohne oder mit ungeklärter Krankenversicherung sind.

Zur Frage in Richtung Personal, Entlassungsmanagement: Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Kliniken sind primär in der Feuerwehrfunktion tätig. Das heißt also, die Grundbedürfnisse wie Krankenversicherung, Obdach, Wohnen nehmen im Kontext des Entlassungsmanagements den Hauptraum ein. Andere psychosoziale Faktoren, die Gesundheit und Krankheit ausmachen wie Familie, Bildung, Arbeit, kommen einfach zu kurz, weil alle Ressourcen doch in diese Feuerwehrfunktionen hineingehen. Insofern – leider nein. Wir können keine Frauen in Wohnungen vermitteln, weder in staatlichen noch in sozialen Wohnungsbau. Das ist aussichtslos.

Die Frage nach Pflegemöglichkeiten für psychisch Kranke oder psychisch kranke Frauen – das war das, was ich vorhin bei meinem Hustenanfall versucht habe, schnell noch klarzumachen; Schnittstellen in Richtung Leistungen: Wenn Patientinnen und Patienten psychisch krank und pflegebedürftig oder pflegeabhängig sind und in Institutionen leben, ist die Kombination der Leistungen nicht mehr möglich. Eine psychisch kranke, alte Frau, die alt geworden ist mit ihrer psychischen Erkrankung und pflegeabhängig wird, wandert in der Regel in ein Heim, verliert ihre psychiatrische Betreuung, bekommt die Pflege. Das ist das, was ich meine: Wir müssen bei Pflegeleistungen und Eingliederungsmaßnahmen die Schnittstellen aufheben. Die Patienten brauchen beides!

Zum Anteil der Frauen über 60: Im Moment kann ich Ihnen die Statistik bei uns in der Klinik nicht nennen. Die Verteilung sieht aber so aus, das ist das, was ich vorhin sagte: Psychisch kranke Frauen, die ihre Wohnung verloren haben, die ihre Miete nicht mehr zahlen können und Ähnliches, haben zwei Möglichkeiten – eine Obdachloseneinrichtung oder ein Pflegeheim. Sie wählen dann eher ein Pflegeheim, während sich die Männer unter Umständen eher für ein Obdachlosenheim bereiterklären. Aber beiden fehlt dann die psychiatrische, ambulante Behandlung oder die Sicherstellung der psychiatrischen Behandlung.

In Richtung Kultursensibilität der Behandlung: Wir haben in unserer Klinik – darauf legen wir sehr viel Wert – ganz viele Kolleginnen und Kollegen mit ganz, ganz vielen Sprachen, weil wir Brückenbauerinnen und Brückenbauer brauchen. Ansonsten kommen wir nicht in die Behandlung – wobei es immer wieder eben gerade auch unter den Flüchtlingen Menschen gibt, die schwersterkrankt, schwerstraumatisiert sind, auch junge Männer, junge Leute, die wir kaum unterbringen können, weil sie nur die arabische oder die Fremdsprache sprechen. Da suchen Sie ganz Berlin ab; wir finden keine kultursensiblen Wohnmöglichkeiten für psychisch kranke Patienten. Das ist nicht da.

Dann zum Fachstellenkonzept: Auch ich denke natürlich an das BTHG. Wir brauchen sozusagen handlungsbefugte Fachstellen. Wir brauchen Dateien über Wohnraum und Ähnliches. Wir brauchen handlungsbefugte Personen, die auch in den Fachstellen tätig sind, die den Überblick haben. Und da müssen Leute aus den Sozialämtern und aus den Gesundheitsämtern

für alle Wohnraummöglichkeiten sitzen. Das ist ganz zentral wichtig – wieder auch ein Schnittstellenproblem.

Die letzte Frage, die ich schnell noch beantworten kann, war die Frage von Frau Ines Schmidt, ob Patientinnen und Patienten, wenn sie in akuten Krisen zu uns in die Klinik kommen mit Feuerwehr nach PsychKG, Polizei oder Ähnliches, zurück können in die ASOG-Einrichtung oder in die betreuten Wohngemeinschaften oder dahin, wo sie herkommen. – Das ist das, was ich sagte: Wir bekommen sehr viele Patientinnen und Patienten mit diesen Verhaltenssymptomen, insbesondere wenn sie schwerer psychisch krank sind. Die kommen mit einer Kündigung zu uns, auch aus Heimen, und da gibt es keine Rückkehr. Wir haben unser Justizariat, wir haben alles Mögliche eingeschaltet. Es gibt immer wieder Klauseln zu sagen: Ja, die Kündigung ist berechtigt, weil andere Bewohner mit gestört werden. – Andere Bewohner in der Einrichtung sagen: Ich gehe dann; ich kündige dann meinen Vertrag! – und, und, und. Also da stecken wir fest.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Radlbeck!

**Daniela Radlbeck** (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V.): Ich möchte gerne, weil in mehreren Fragen nach den Zahlen gefragt wurde, sagen: Wir können sie nicht liefern. Das bedaure ich sehr. Wir können tatsächlich noch mal auf die ASOG-Unterbringung gucken, da wird teilweise noch mal differenziert, aber auch nach Alter, eher unter 18-jährig. Aber ich kann Ihnen leider nicht sagen, wie viele Frauen über 60 nach ASOG untergebracht sind.

Es ist so, dass viele Träger eigene Statistiken führen. Aber es kann natürlich nicht die Aufgabe von uns sein, zu zählen anzufangen. Deshalb plädiere ich wirklich dafür, dass die Wohnungslosenstatistik, die auch die Struktur der Wohnungslosigkeit verdeutlicht, so schnell wie möglich auf den Weg gebracht wird, weil das die Grundlage für die Sozialplanung ist. Deswegen sitzen wir ja auch hier. Aus meiner Arbeitserfahrung weiß ich, dass Frauen über 60 Jahre durchaus auch wohnungslos oder suchterkrank und wohnungslos sind; die gibt es. Da müssen natürlich besondere Unterkunftsmöglichkeiten oder auch Perspektiven geschaffen werden.

Frau Schmidt! Sie haben gefragt, ob Fachstellen mit ressortübergreifender Kompetenz sinnvoll sind. – Fachstellen sollten die ressortübergreifende Kompetenz mitbringen, sodass Fachleute aus dem Bereich Soziales, aus dem Bereich Jugend, aus dem Bereich Gesundheit über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg Hilfen stricken, die für die Leute wichtig sind und auch dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Es gab auch die Frage, wie präventiv für mehr Informationsfluss gesorgt werden kann: Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass jede Kita-Erzieherin, jeder Lehrer, jede Lehrerin in dieser Stadt, jeder Arzt, jede Ärztin wissen sollte, dass es dann hoffentlich bald eine Fachstelle gibt, die Beratung anbietet. Das heißt, wir müssen nicht nur denken, dass im System der Wohnungslosenhilfe auf präventive Maßnahmen aufmerksam gemacht werden soll, sondern tatsächlich aus einer breiten Bevölkerung, weil die Menschen, die wohnungslos werden, Kinder haben, die in die Schule gehen, und der Lehrer oder die Lehrerin bekommt das eventuell mit. Dann ist es wichtig, eben genau dort die Information vorzuhalten und zu sagen: Mensch, es gibt aber in Berlin eine Stelle, wo Sie sich hinwenden können, damit Sie Ihre Wohnung nicht

verlieren! – Also ich glaube, da ist ein Umdenken wichtig, dass wir viel niedrigschwelliger dafür sorgen, dass Informationen oder Präventionsangebote verbreitet werden, dass es viel eher so kommuniziert wird. Das „Berliner Fenster“ der BVG: eine super Möglichkeit, auf eine Fachstelle hinzuweisen, wenn wir sie hätten. Ich glaube, das lesen ganz schön viele Menschen.

Zu der Zahl der nicht Krankenversicherten: Die Zahl kann ich Ihnen nicht liefern, aber die gibt es. Beim Paritätischen sind mehrere Angebote der medizinischen Versorgung vorhanden, der Tagestreff Weitlingstraße oder die Jenny-De-la-Torre-Stiftung, die mit Menschen ohne Krankenversicherung arbeiten oder wo die Menschen hingehen können. Da ist es so, dass durchaus auch Frauen hinkommen. Die Versorgung durch die Fachkräfte ist davon abhängig, ob die Fachkräfte in den Praxen Behandlungsstunden anbieten können. Dazu muss ich auch noch einmal sagen: Diese ganze niedrigschwellige medizinische Versorgung basiert auf Ehrenamt. Das sind in der Regel Ärztinnen und Ärzte, die ihr Berufsleben hinter sich haben, aber sagen: Ich möchte noch etwas Gutes tun und in den Beratungsstellen praktizieren. – Aber es kann nicht sein, dass Menschen, die nicht krankenversichert sind, in so einem Land, wie wir es haben – wir sind durchaus reich –, keine Krankenbehandlung bekommen.

Vermittlung in Wohnungen war auch ein Stichwort: Da finde ich es ganz wichtig, dass Frauen mit Kindern definitiv eine Dringlichkeit haben und in landeseigenen Wohnungen unterkommen, also dass es einen WBS mit Dringlichkeit gibt und Familien bei der Vergabe von Wohnungen bevorzugt behandelt werden müssen, die in Landeseigentum sind. – So viel erst einmal.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann Frau Münchow, bitte!

**Birgit Münchow** (AWO Landesverband Berlin e. V.): Ich muss mich aber sputen, nicht? – Ich würde gerne auch noch einmal ganz kurz zum Fachstellenkonzept etwas sagen, weil uns das allen wichtig ist: Wir brauchen eine Zusammenführung der Teilkompetenzen, die wir schon auf dem Markt haben, also von Ordnungsrecht, Sozialrecht und Wohnungsmarkt. Das ist extrem wichtig, und ich finde den Vorschlag von Ines Schmidt sehr wichtig, auch an Ärztinnen in diesem Haus zu denken, weil wir ja gerade gehört haben, dass es da noch ein großes Manko gibt.

Was mir noch ein wichtiger Punkt ist – das kam von Ihnen: Wo ist denn eigentlich die Differenzierung zwischen Frauenhaus und wohnungslosen Frauen? – Wir haben da sehr große Schnittstellen sowohl im Arbeitsbereich als auch leider in den Problemen. Wir alle haben zu wenige Plätze für Frauen und in den Systemen sowohl des Frauenhauses als auch in dem der spezifischen Arbeit für wohnungslose Frauen viel zu wenig Personal. Wir hängen mit den Frauen einfach in den Einrichtungen fest, das ist das Problem sowohl in den Frauenhäusern wie in den frauenspezifischen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Wir bekommen sie einfach nicht in Wohnraum vermittelt, wo sie hingehören.

Wichtig an der Stelle – Sie haben auch nach dem Jugendamt gefragt: Die Frauen wollen ja ihre Kinder nicht abgeben. – Na, um Himmels willen, kann ich da nur sagen! Die Kinder von Menschen, die wohnungslos geworden sind, haben natürlich den gleichen Anspruch und die gleichen Hilfsmöglichkeiten vom Jugendamt zu erwarten wie alle anderen Familien, die nicht wohnungslos sind, auch. Es geht hier um Beratung, darum, Ängste abzubauen, Schwellen



niedrig zu gestalten, und ich glaube, es ist leider oft so, dass das Bild der wohnungslosen Frau überhaupt nicht der Realität entspricht. Das, was in den Köpfen aufplopt, wenn wir von wohnungslosen Frauen sprechen, ist überhaupt nicht das, was sich in der Realität abbildet: Sie werden keine einzige wohnungslose Frau als wohnungslose Frau erkennen – vielleicht zwei, drei in der Stadt, sage ich mal, die wirklich auf der Straße präsent sind. Ansonsten sind es Frauen wie Sie und ich, die ihre Wohnung verloren haben. Das ist mir an der Stelle ganz wichtig, und wir sollten alle gemeinsam versuchen, dieses Bild so zu verändern, dass es der Realität entspricht.

Zum Stichwort Krankenversicherung. Man sagt ja immer: Krankenversichert müssen in Deutschland doch alle sein, das kann ja gar nicht sein, dass wir Menschen haben, die nicht krankenversichert sind! – Das stimmt aber leider nicht. Die Menschen, die auf der Straße landen und über Jahre nicht mehr im Sozialsystem sind, zahlen logischerweise auch nicht mehr ihre Krankenkassenbeiträge. Und wenn sie wieder so fit sind, dass sie in das System oder die Wohnung einmünden, haben sie dann Versicherungsbeiträge auflaufen – also eine Lücke dieser Versicherungsbeiträge. Sie können erst dann wieder in die Krankenkasse einzahlen, wenn sie diese Lücke finanziell geschlossen haben, und das ist das Problem. Das heißt, sie können natürlich nicht, wenn sie zwei Jahre, sage ich mal, aus der Versicherung raus waren, plötzlich diese ganzen Beträge nachzahlen.

Es gab vor mehreren Jahren – und das würde ich gern noch einmal anregen – eine Amnestie für genau diese Personengruppe, wo gesagt wurde: Diese Versicherungslücke muss nicht geschlossen werden; sie können jetzt einfach in die Krankenversicherung gehen! – Es wäre sicherlich eine gute Maßnahme, das noch einmal anzuregen.

Das andere ist, glaube ich, alles gesagt worden. – Ich freue mich natürlich sehr, dass die AfD zu diesem Thema so positiv gestimmt ist und mit so großem Interesse dabei ist. Vielen Dank dafür, das finde ich super!

Mieterberatung – Frau Radziwill hat das gesagt – ist natürlich gut und sinnvoll und zielführend, hat aber letztendlich auch wieder so ein bisschen diesen Inselcharakter: Denn da geht es um Mieten und Wohnen, aber da fehlen die Bereiche Gesundheit, Psychiatrie, Sorgerecht, Unterhalt. An der Stelle kommen wir nicht um das Fachstellenkonzept herum, da reicht die Mieterberatung nicht. Die wäre dann eher ein Bestandteil des Fachstellenkonzepts.

Dann kam die Frage, welchen Stellenwert die Wohnungslosenstatistik für unsere Arbeit hat, bzw. Sie hatten gefragt: Wie hoch ist der Stellenwert der Wohnungslosenstatistik für Ihre Arbeit? – Das würde ich gerne ergänzen um: Wie hoch ist der Stellenwert der Wohnungslosenstatistik für Berlin? – Ich denke, es ist für Berlin extrem wichtig, eine Wohnungslosenstatistik zu haben, um überhaupt erst einmal zu gucken – das zum Thema Gender Budgeting an der Stelle auch noch einmal: Was sind denn eigentlich für Bedarfe da? – Wir wissen ja gar nicht wirklich, welche Bedarfe in welchem Ausmaß da sind, um dann ziel- und passgenau die Finanzen dementsprechend einzusetzen. – Das zum Thema der über 60-jährigen pflegebedürftigen Frauen: Natürlich haben wir die. Wie viele davon, wissen wir nicht. Was brauchen wir? Brauchen wir ein Haus oder brauchen wir fünf Häuser? – Wir wissen es nicht. Das finde ich, wie gesagt, sehr wichtig.

Die Frage nach den Saison- und Stoßzeiten, zum Thema Ablehnung: Gewalt ist nicht witterungsabhängig, sage ich dazu. Das ist ein Hoch und Runter, und es ist mal mehr und mal weniger. Aber Fakt ist, dass wir massiv viele Abweisungen haben.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann hätten jetzt die Senatsverwaltungen die Möglichkeit. Frau Dr. Rehse, wenn Sie beginnen? – Bitte!

**Dr. Catharina Rehse (SenIAS):** Vielen Dank! – Ich denke, dass Sie heute diese Anhörung veranstaltet haben, zeigt schon, dass es ein sehr wichtiges Thema ist, und ich freue mich auch, dass Sie dem hier in so umfangreicher Weise Raum geben. – Ich bedanke mich auch bei Ihnen, dass Sie das Problem so eindringlich geschildert haben!

Es ist so, dass der Senat dieses Problem erkannt und auch schon einiges auf den Weg gebracht hat – Sie haben es in Ihren Ausführungen schon dargelegt. Wir haben über das ISP im Anwendungsbereich 30 Plätze, die nur für Frauen angeboten werden. Wir haben im Entgeltbereich mehr als 14 Einrichtungen, die nur frauenspezifische Angebote anbieten. Ich denke aber, so, wie ich es hier heute auch vernommen habe, dass das noch nicht reicht. Wir sollten uns gemeinsam auf den Weg machen, das noch weiter auszubauen, das noch weiter zu stärken. Man muss natürlich gucken, wie das über die Finanzierung läuft, gerade im ISP. Die Mittel sind begrenzt. Man muss schauen, dass man den Kuchen so verteilt, dass jeder etwas davon abbekommt. Aber wir sind weiterhin daran interessiert und immer wieder mit Trägern im Gespräch, neue Konzepte mit zu entwickeln, zu unterstützen, damit wir neue Angebote für das Land Berlin bekommen. Es ist nun mal ein Querschnittsthema. Sie haben es heute häufig gesagt: Wenn es keine Wohnungen gibt, wie soll man die Frauen überhaupt in eine Wohnung vermitteln können? – Ich denke, es sind nicht nur die beiden Senatsverwaltungen, die heute hier vertreten sind, die unterstützen müssen, sondern das ist etwas, was der Senat nur insgesamt bewältigen kann.

Kurz zu den Freihalterregelungen: Es kam vorhin eine Frage, wie es ist, wenn jemand aus dem stationären Bereich entlassen wird. In der Eingliederungshilfe ist es auch heute schon so, dass wir über Freihalterregelungen einen Anspruch der Menschen haben, dass sie wieder auf einen Platz zurückkommen können, wenn es einen bestimmten Zeitraum nicht übersteigt. – Das wollte ich zu der Frage noch kurz anmerken.

Ansonsten stimme ich Ihnen zu, dass ein Knackpunkt ist, dass man diese niedrighwelligen Angebote weiter ausbauen muss, denn, wie Sie gesagt haben, es bringt nichts, wenn wir die Plätze bereithalten, die Frauen aber gar nicht ins System kommen, weil sie aus Scham, dieses System in Anspruch zu nehmen, gar nicht erreicht werden. Insofern ist dieser niedrighwellige Bereich eine große Baustelle, die man auf jeden Fall weiterverfolgen sollte. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Dilek Kolat (SenGPG):** Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die zweite Strategiekonferenz am 10. Oktober stattgefunden hat, weil die Frage nach der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Senatsverwaltungen gestellt wurde. Dort wurden Arbeitsgruppen gebildet, und dort arbeitet meine Verwaltung natürlich sehr intensiv mit. Ich teile die Ergebnisse, die es auf dieser Strategiekonferenz gegeben hat. Wir werden im Senat im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen sehen, dass wir die vielen guten Vorschläge, die im Rahmen der Strategiekonferenz entstanden sind, auch umsetzen können.

Die Verbesserung der Datenlage wurde mehrmals angesprochen, ebenso zielgruppenspezifische, niedrighwellige Angebote. Das ist der zweite Punkt, den wir als Ergebnis sehr begrüßen und umsetzen wollen, aber auch Qualitätsstandards, was ich vorhin angesprochen hatte, sind etwas, was auf den Weg gebracht werden muss, gleichfalls die Aufstockung des Perso-

nals. Das sind wesentliche Punkte aus dieser Strategiekonferenz, die ich hier noch mal erwähnen möchte.

Es gibt aber auch ganz spezifische Ziele, was Frauen und Kinder angeht. Dort hat die Arbeitsgruppe 9 zu bestimmten Themenfeldern ganz konkret nicht nur strategische Ziele, sondern auch operative Ziele und Maßnahmen definiert, einmal ganz allgemein zur Wohnungslosigkeit, aber auch zur Prävention. Ich glaube, es ist gut, einen Schwerpunkt darauf zu setzen, dass verhindert werden muss, dass Frauen wohnungslos und obdachlos werden. Aber auch zum spezifischen Thema EU-Bürgerinnen, dem Thema Fachstelle, das heute mehrmals genannt worden ist, zur Kältehilfe und zur medizinischen Versorgung sind ganz konkrete Vorschläge erarbeitet worden, und diese Vorschläge werden im Rahmen der Haushaltsberatungen senatsseitig natürlich berücksichtigt.

Ich möchte noch auf einige spezifische Fragen eingehen, die an uns gerichtet wurden, einmal die Frage nach den älteren Frauen. Ein spezifisches Angebot für ältere Frauen kennen wir nicht, aber eine große Rolle spielt das Thema Pflegebedürftigkeit und Obdachlosigkeit. Hier herrscht eher die Strategie, neben wenigen spezifischen Angeboten – die gibt es –, dass die pflegebedürftigen obdachlosen Menschen in Pflegeeinrichtungen versorgt werden. Ich glaube, die Regelversorgung obdachloser Menschen ist ein Thema, über das ich mich als Pflegesenatorin noch mal mit den Fachleuten austauschen möchte. Brauchen wir da vielleicht noch mehr spezifische Angebote? –, das wäre meine Frage. Da sind sich die Fachleute auch nicht immer ganz einig, aber Sie nicken. Ich sehe das genauso.

Zum Thema Vermittlung in Wohnraum: Ich möchte darauf hinweisen – auch auf die Parallelität, was Frauenhäuser und Gewaltsituationen angeht –, dass wir in Berlin die spezifische Vermittlung in Wohnungen mit Hestia auf den Weg gebracht haben, was relativ gut funktioniert. Das löst sicher nicht alle Probleme, aber über 450 Vermittlungen in Wohnraum haben dort stattgefunden, und dieses Angebot ist nicht nur für Frauen gedacht, die aus Frauenhäusern kommen, sondern das Angebot gilt auch für Frauen, die von Obdachlosigkeit, von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Weil das gut funktioniert, würde ich sagen, muss man dieses Angebot verstärken und in Richtung der wohnungslosen oder bedrohten Frauen ausrichten. Das haben wir konkret auf unserer Agenda.

Die anderen Punkte möchte ich gar nicht wiederholen, aber wir sehen anhand der Ergebnisse der Strategiekonferenz, auch anhand der Ausführungen, die Sie gemacht haben, auf jeden Fall Bedarf, die Angebote noch mal spezifisch zu erweitern. – Was die Zusammenarbeit angeht, noch eine kleine Ergänzung durch meine Staatssekretärin.

**Staatssekretärin Barbara König (SenGPG):** Noch eine ganz kleine Ergänzung: Wir arbeiten natürlich nicht nur im Rahmen der Strategie Wohnungslosenspolitik zusammen, sondern beispielsweise auch in der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut, die wiederum federführend bei der Senatsverwaltung für Jugend und Familie liegt, wo aber SenIAS, wir, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und SenFin mitarbeiten. Ich will noch darauf hinweisen, dass diese Landeskommision, der ich die Freude habe anzugehören, bereits im Juli eine Stellungnahme – die Bezirke sind beteiligt, aber auch die Liga, Gewerkschaften – zur Prävention in der Frage Wohnungslosigkeit bei Familien, und das sind eben Frauen mit Kindern, erarbeitet hat. Viele Punkte decken sich, überschneiden sich.

Also auch da ist klar: Wir arbeiten zum einen zusammen, und zum anderen muss sich das, was wir entwickelt haben, im nächsten Doppelhaushalt wiederfinden.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! Dann schließen wir dieses Thema zunächst für heute ab. Wir rufen es erneut auf, wenn das Wortprotokoll vorliegt. – Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen!

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.